



**Landesbehindertenbeirat
Brandenburg**

Jahresbericht 2023

Inhalt

Vorwort	3
Arbeitsschwerpunkte des Jahres 2023	6
Beschlüsse auf LBB-Sitzungen und der Klausur	7
Interne LBB-Arbeitsgruppen	7
Zu den Sitzungen des LBB im Jahr 2023	9
Stellungnahmen in förmlichen Anhörungsverfahren	11
Teilnahme an Fachtagungen, Ausschüssen u. Gremien der Landesregierung	12
Auflistung der Mitwirkung des LBB an besonderen Veranstaltungen	14
Geschäftsstelle und Vorstand	15
Schlusswort	15

Vorwort

Im Berichtsjahr 2023 hatte der Landesbehindertenbeirat Brandenburg (LBB) gleich zwei Jubiläen zu begehen: Vor 20 Jahren wurde das Brandenburger Behindertengleichstellungsgesetz (BbgBGG) erlassen und vor zehn Jahren auf Drängen des LBB dessen Aufgaben in § 15 neu gefasst.

Der Landesbehindertenbeirat nimmt die Interessen der Menschen mit Behinderungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch wahr.

Der Landesbehindertenbeirat unterstützt die Landesregierung bei der Aufgabe, gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu schaffen. Er berät die Landesregierung und die beauftragte Person in allen Angelegenheiten und ist berechtigt, ihr und der Landesregierung Empfehlungen zu geben.

Der Landesbehindertenbeirat soll von der Landesregierung vor dem Einbringen von Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen betreffen, angehört werden.

Diese Aufgabenzuschreibung, nämlich die Schaffung gleicher bzw. gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen in allen Regionen des Landes beratend und unterstützend zu fördern, ist nicht allein eine Verpflichtung. Sie ist auch Ausdruck der Anerkennung der Expertise des Beirates durch das Land Brandenburg.

Im Laufe der Jahre hat sich weiterer Bedarf für die Fortentwicklung des BbgBGG gezeigt. Der LBB hatte bereits 2021 auf eigene Initiative hin Vorschläge erarbeitet und wird sich auf deren Grundlage in die aktuell stattfindende Novellierung des Gesetzes einbringen (s. u.).

Im Rahmen von Gesetz- und Verordnungsgebungsverfahren oder vor dem Erlass von Richtlinien, die die Belange von Menschen mit Behinderungen betreffen, gab der LBB im zurückliegenden Jahr insgesamt 9 Stellungnahmen ab (s. u.).

Nicht immer wurde zum Bedauern des LBB sein Beratungsangebot angenommen. Das war etwa der Fall bei der Definition des Begriffs Sozialraum, der sich nach Auffassung des LBB in Anwendung der UN-BRK nicht auf den Regionalraum beschränken darf. Der LBB hatte sich hierzu im Rahmen der Diskussionen zum Abschluss eines Rahmenvertrages in der Brandenburger Konferenz gegen eine verkürzte Deutung des Sozialraumes ausgesprochen. Die aus Sicht des LBB notwendigen Schlussfolgerungen aus der UN-Staatenprüfung wurden hier und an anderer Stelle nicht gezogen. Seine Bedenken hatte der LBB in einem Schreiben an die Sozialministerin artikuliert, auch unter Hinweis auf sein Selbstverständnis als beratendes Gremium.

Nach dem Beschluss des LBB vom 09.03.2023 traten nach intensiver Vorbereitung die neue Geschäfts- und Wahlordnung in Kraft. Die Überarbeitung der früheren Fassungen war notwendig zur Schaffung einer klareren, übersichtlicheren Struktur. Es wurden aber auch neue Festlegungen getroffen, etwa zur Amtsdauer des Vorstandes ab 2024 und zum Sitz der LBB-Geschäftsstelle. Inwieweit die neuen Regelwerke tatsächlich praxistauglich sind und an welchen Stellen sie nachjustiert werden müssen, wird sich erweisen.

Einer der Höhepunkte der Arbeit und in der öffentlichen Wahrnehmung des LBB war die 10. Behindertenpolitische Konferenz, die am 26.09.2023 im Tagungshaus auf Hermannswerder stattfand. Es ging um Rückblick und Ausblick auf die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen im Flächenland Brandenburg. Zutage traten zahlreiche interessante Perspektiven zu den Fragen: Was braucht es, damit die Versorgung gut wird? Wie wäre sie wirklich gut? Der LBB wird die an fünf Thementischen gewonnenen Ergebnisse in seine künftige Arbeit mitnehmen. Ausführliche Informationen sind in der inzwischen erschienenen Konferenz-Dokumentation zu finden.

Die Behindertenpolitische Konferenz, Pressemitteilungen, Netzwerktreffen und Stellungnahmen stellen die Verbreitung der Aktivitäten des LBB sicher. Dabei entstehen immer wieder Erkenntnisse, in welchen Bereichen es (noch immer) Defizite der Umsetzung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gibt und wie sie beseitigt werden können. Die Arbeit des LBB bewegt sich dabei stets im Rahmen seines Beratungsauftrages. Im Einzelfall zu helfen liegt nicht in der Kompetenz des Beirates. Allerdings können sich regelmäßig überregional auftretende Probleme zur Angelegenheit des LBB verdichten.



Geschäftsstelle des LBB
in den Bahnhofspassagen
Potsdam

Arbeitsschwerpunkte des Jahres 2023

Umsetzung des BTHG durch das MAP 3.0

Im MAP 2.0 waren zahlreiche Maßnahmen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen enthalten, die eine Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zum Ziel hatten. Im inzwischen verabschiedeten MAP 3.0 hat eine Konzentration der Maßnahmen stattgefunden, deren Durchführung leichter zu überprüfen ist. Der LBB war in die Erarbeitung des MAP 3.0 beratend eingebunden.

Vorbereitung und Durchführung der Behindertenpolitischen Konferenz

Hierzu wird auf die Ausführungen im Vorwort sowie auf die Dokumentation der sehr erfolgreichen Konferenz verwiesen.



Beschlüsse auf LBB-Sitzungen und der Klausur

Beschluss einer neuen Geschäfts- und der Wahlordnung jeweils am 09.03.2023, die bis auf § 1 der Geschäftsordnung am 10.03.2023 in Kraft traten.

Beschluss am 07.09.2023 über die Neustrukturierung der internen Arbeitsgruppen (AG). An ihnen können grundsätzlich nur Mitglieder des LBB mitwirken; es bleibt den AGs aber unbenommen, zu den Sitzungen externe Gäste als Experten/innen hinzuzuziehen. Die internen AGs sind unterteilt in ständige und temporäre.

Interne LBB-Arbeitsgruppen

Ständige Arbeitsgruppen

AG BTHG

- Umsetzung der UN-BRK sowie des BTHG auf Landesebene
- Unterstützung der Vertretung des LBB in der Brandenburger Kommission (BK) nach § 12 AG-SGB IX und in der AG nach § 10 AG-SGB IX

AG Arbeit und Beschäftigung (inkl. Werkstätten, Inklusionsbetriebe etc.)

- Begleitung der Umsetzung der UN-BRK im Land Brandenburg
- Feststellung und Diskussion guter Praxis bei inklusiven Projekten, die der Teilhabe am Arbeitsleben dienen
- Prüfung der Übertragbarkeit und Erarbeitung von Empfehlungen an die Landesregierung

AG Infrastruktur/ AG Gesundheit/ AG Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

- Gründung der AGs in 2023
- Arbeitsbeginn in 2024

Temporäre Arbeitsgruppen

AG Behindertenpolitisches Konzept

- Ziel: Erstellung eines behindertenpolitischen Gesamtkonzepts
- Einstellung der AG aus Kapazitätsgründen
- Verwendung des Teilergebnisses (Umsetzung der UN-BRK in Brandenburg) in der AG BTHG

AG Behindertenpolitische Konferenz 2023

- Vorbereitung und Durchführung der 10. Behindertenpolitischen Konferenz
- Erstellung einer Dokumentation im Nachgang der Konferenz
- Übergang der AG in die AG Gesundheit

AG Verfasstheit des LBB

- Rechtsform des LBB?
- Analyse der Verfasstheit anderer Landesbeiräte
- Vorbereitung eines Positionspapiers
- Übergang der AG in die AG Novellierung des BbgBGG in 2024

AG Wahlleitfaden/ Landtagswahl 2024

- Gründung der AG
- Arbeitsbeginn in 2024

Zu den Sitzungen des LBB im Jahr 2023

Der LBB tagte zu den im Vorjahr festgelegten Terminen vier Mal. Regelmäßig berichtete die Landesbehindertenbeauftragte (BLMB) Frau Armbruster (BLMB). Auf seiner Klausur am 09.03.2023 hatte der LBB Herrn Staatssekretär Ranft zu Gast. Er referierte zum Stand der Beratungen der BK über den Rahmenvertrag, über die Integrierte Teilhabeplanung (ITP), über die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) sowie über die Eingliederungshilfe (EGH) nach dem BTHG, die nach Ansicht des LBB nicht flächendeckend bei den Menschen ankommt. In diesem Zusammenhang wurde auch auf das bereits erwähnte Schreiben des LBB an die Sozialministerin eingegangen.

Am 08.06.2023 trug Frau Dr. Dipper (Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Klinikum Ernst von Bergmann, Potsdam) zu dem Thema „**Zugangswege Geflüchteter mit psychischen Problemen in die Akutpsychiatrie und deren Behandlung**“ vor. Sie orientierte sich an zwei Fallbeispielen, die die Hemmnisse und Herausforderungen der Behandlung psychischer Behinderungen verdeutlichten.

“**Situation von Geflüchteten mit Behinderungen aus Sicht der Landesintegrationsbeauftragten**“ war das Thema des Referates der Beauftragten Frau Dr. Lemmermeier am 07.09.2023. Sie erklärte, dass es keine Zahlen darüber gibt, wie viele Geflüchtete mit Behinderungen in Brandenburg leben. Die Referentin beschrieb den Weg von Geflüchteten nach ihrer Ankunft in Brandenburg und zeigte auf, was für Geflüchtete mit Behinderungen schon hat getan werden können. Allerdings fehlt es häufig an koordiniertem Handeln der Behörden und Einrichtungen bei der adäquaten Unterbringung. Besuche der Beauftragten in Einrichtungen brachten zum Teil haarsträubende Verhältnisse zutage. Sie forderte u.a. einen reduzierten Betreuungsschlüssel und eine verständliche, umfassende Aufklärung von Geflüchteten mit Behinderungen über ihre Rechte.

Zum **Sachstand der Umsetzung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes 3.0 (MaP 3.0)** informierte Frau Hildebrand (MSGIV) am 07.12.2023. Das MAP 3.0 wurde im August 2023 veröffentlicht und hat Gültigkeit bis 2027. Als Erfahrung aus dem MAP 2.0 wurde die Zahl der Maßnahmen, die alle Ministerien und die Staatskanzlei umsetzen sollen, auf 55 verringert. Das MSGIV ist mit 26 Maßnahmen beteiligt, rund 10% davon sind bereits abgeschlossen. Weitere Maßnahmen können noch aufgenommen und ggf. finanziell gefördert werden.

Herr Fiedler, Research Professional der Interval GmbH Berlin berichtete am 07.12.2023 über den Stand der **Evaluation des BbgBGG** und über die vom MSGIV beauftragte Umfrage im Vorfeld der von Gesetzeswegen durchzuführenden Novellierung des BbgBGG. Grundlage der Evaluierung sind auch Befragungen von Vertretungen der Liga, von LBB-Mitgliedern einschließlich der Vorstandsmitglieder sowie weiterer Beteiligter. Die zumeist telefonisch geführten Interviews orientieren sich an einem sehr umfangreichen Fragenkatalog. Die Datenerfassung soll bis März 2024 abgeschlossen sein.

Über die **überarbeitete Angebotsanerkennungsverordnung und die damit verbundenen Alltagsunterstützenden Angebote** sprach Herr Wendte (MSGIV) ebenfalls am 07.12.2023. Er nannte den Vorrang der ambulanten Pflege, die es ermöglichen soll, den Umzug in eine Pflegeeinrichtung soweit es geht hinauszuzögern und eine möglichst große Selbständigkeit der Betroffenen zu Hause zu gewährleisten. Alltagsunterstützende Angebote (AuA) binden zivilgesellschaftliche Ressourcen (Familie, Nachbarn etc.) mit ein. Die unterstützenden Personen können in speziellen Servicepunkten geschult werden und aus einem dem Betroffenen zur Verfügung gestelltes Budget entschädigt werden. Ein steuerrechtlich relevantes Arbeitsverhältnis wird mit der Übernahme von Hilfeleistungen dieser Art in Brandenburg nicht begründet.

Stellungnahmen in förmlichen Anhörungsverfahren

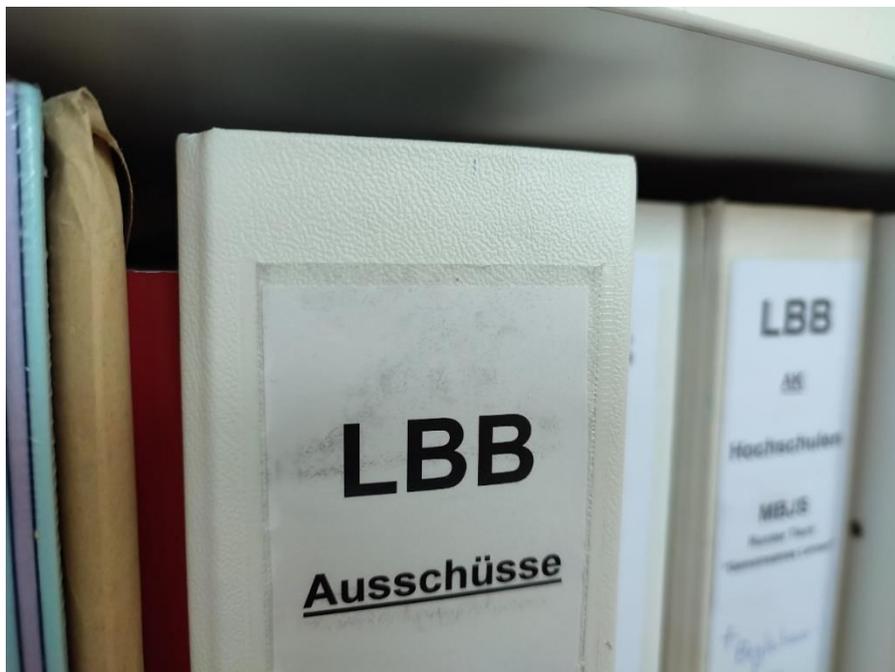
- Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes, 20.04.2023
- Arbeitsfassung der „Maßnahmen der Landesregierung für mehr Inklusion und Barrierefreiheit im Land Brandenburg 2023 – 2027“ (MAP 3.0), 16.05.2023
- Entwurf einer Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes im Land Brandenburg (Ausbildungs- und Prüfungsordnung mittlerer Justizdienst Brandenburg – APOmJDBbg), 07.06.2023
- Entwurf einer „Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Land Brandenburg (NaS)“, 12.06.2023
- Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Betreuungsvereinen, 17.07.2023
- Stellungnahme zur Sechsten Änderung der ÖPNV-Finanzierungsverordnung, 07.08.2023
- Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Neuregelung eines Mobilitätsgesetzes des Landes Brandenburg und zur Neuregelung eines Gesetzes über die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie zur Änderung des Straßengesetzes, 08.08.2023
- Novellierung des Staatsvertrages über den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb-Staatsvertrag), 15.09.2023
- Novellierung des Ausbildungs- und Prüfungsrechts für den mittleren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst, 08.12.2023

Die Stellungnahmen sind unter folgendem Link nachzulesen:

<https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/landesbehindertenbeirat/lbb-stellungnahmen/#>

Teilnahme an Fachtagungen, Ausschüssen und Gremien der Landesregierung (siehe auch die tabellarische Auflistung)

Der LBB war regelmäßig in Ausschüssen und Gremien vertreten, die von Landesministerien oder der BLMB eingerichtet sind. Er ist Mitglied des Beratenden Ausschusses beim Integrationsamt (§ 186 Abs. 4 SGB IX) und gehört beratend der Schiedsstelle SGB IX an. Der LBB ist beteiligt am Landespflegeausschuss und an der AG Lokale Pflege- und Beratungsstrukturen sowie am Begleitgremium AG Prävention zum Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder. Die Vorsitzende des LBB war Mitglied der Jury zur Vergabe des Brandenburger Inklusionspreises 2023.



Es fanden Quartalsgespräche mit dem Abteilungsleiter II des MSGIV statt sowie Besprechungen mit den Sachbearbeitern des Referates 24. Gelegenheit zu einem intensiven fachlichen Austausch mit dem Staatssekretär bot sich auf der LBB-Klausur im März 2023 (s. o.). Sitzungsvorbereitende Gespräche fanden auch mit der BLMB statt (diese wurden zuletzt in reguläre, von den LBB-Sitzungen losgelöste Quartalsgespräche überführt).

In einzelnen Projekten des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, etwa der Vorbereitung der Konzeption einer Fachstelle Barrierefreiheit, war der LBB involviert. An der Entwicklung eines Digitalprogramms 2025 der Staatskanzlei beteiligte sich der LBB ebenfalls. Dabei befasste er sich auch mit der KI-Strategie des Landes Brandenburg.

Gesonderte Veranstaltungen und Treffen wie der Verbändetag des Landesamtes für Soziales und Versorgung kamen hinzu. Der LBB war auch in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Interreg Via Brandenburg-Polen 2021-2027 durch die Teilnahme an der AG Zukunft und am Begleitausschuss für die Projektmittelvergabe eingebunden.

Im Jahr 2023 beteiligte sich der LBB überdies an folgenden Veranstaltungen: Konferenz „(Un)sichtbar Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland“, Schulung „Mitwirken + Bewegen – der Nahverkehrsplan als Basis für den vollständig barrierefreien ÖPNV“, AG „Budget für Arbeit“ der AWO.



Konferenz „(Un)sichtbar Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland im Französischen Dom (Berlin)

Die Vorsitzende des LBB nahm an den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Behindertenbeauftragten des Landes Brandenburg teil.

Weitere Einzelheiten: Im Rahmen der Umsetzung des BTHG wirkte der LBB in der BK nach AG-SGB IX mit beratender Stimme mitgewirkt. Insgesamt nahmen seine

Vertretungen an sieben Sitzungen teil. Des Weiteren beteiligte sich der LBB an der AG Integrierte Teilhabe Plan Brandenburg (ITP) und an der AG Rahmenvertrag nach § 131 SGB IX.

Vertretungen des LBB wirkten außerdem in der AG zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe nach § 10 AG-SGB IX zur Umsetzung des BTHG mit. Dabei ging es insbesondere um die Evaluation der Studie des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik über die Leistungs- und Ausgabenentwicklung in der Eingliederungshilfe gemäß § 20 AG-SGB IX und in der Sozialhilfe gemäß § 15 AG-SGB XII.

Auflistung der Mitwirkung des LBB an besonderen Veranstaltungen

- BTHG-Klausur Liga
- Mitarbeit in den Abstimmungsprozessen zur Radverkehrsstrategie, Mobilitätsstrategie 2030 und dem Brandenburger Verkehrssicherheitsprogramm des MIL
- Mitwirkung in der AG Prävention im Begleitgremium zum Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder
- Mitarbeit in der AG Zukunft und im Begleitausschuss von Interreg V1a Brandenburg-Polen 2021-2027
- Mitwirkung bei der Konzeption der Fachstelle Barrierefreiheit, MIL
- Mitarbeit beim Digitalprogramm 2025 der Staatskanzlei (Verbändeanhörung) sowie Vorbereitung der KI-Strategie des Landes Brandenburg
- Mitarbeit im Klimaplan Brandenburg
- Teilnahme an der Veranstaltung Mitwirken + Bewegen – der Nahverkehrsplan als Basis für den vollständig barrierefreien ÖPNV, Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V
- Runder Tisch Gemeinsames Lernen MBSJ
- Mitarbeit Inklusionspreis LASV

- Teilnahme Konferenz (Un)sichtbar - Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland
- Teilnahme Verbändetag LASV
- Teilnahme Veranstaltung Digitale Gesundheitskompetenzen fördern

Geschäftsstelle und Vorstand

Der Vorstand traf sich regelmäßig zu Vorstandssitzungen und tauschte sich bei Bedarf online aus. Es fanden in hoher Frequenz Teambesprechungen in der LBB-Geschäftsstelle statt. Zum 15.11.2023 wurde die am 15.06.2023 vakant gewordene Stelle der wissenschaftlichen Referentin mit Frau Michel wiederbesetzt.

Schlusswort

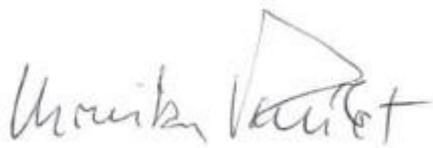
Das Jahr 2023 war für den LBB arbeitsreich und spannend. Der Jahresbericht zeugt davon. Seine eigenen Veranstaltungen zu planen, zu organisieren und durchzuführen war herausfordernd. Insbesondere alles dafür zu tun, dass die 10. Behindertenpolitische Konferenz ein Erfolg werden konnte, hatte Ressourcen gebunden. Allen, die sich dafür engagiert hatten, besonders den Mitgliedern der AG gebührt ein großes Dankeschön. Dank zu sagen ist auch denen, die den LBB aktiv in den zahlreichen Landesgremien vertraten und die sich in den internen Arbeitsgruppen engagierten. Der LBB hat sein Profil als Beratergremium der Landesregierung geschärft und sich seines Auftrages vergewissert, den ihm das BbgBGG zuschreibt. Über all seinen Aktivitäten steht, im Land Brandenburg dafür zu sorgen, dass die UN-BRK in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter konsequent umgesetzt wird. Dem sind die Mitglieder des Beirates, sein Vorstand und die Geschäftsstelle im Jahr 2023 verpflichtet gewesen, und sie werden auch im Jahr 2024 weiter daran arbeiten.

Einige Schwerpunktthemen für die Zukunft sind gesetzt:

- Begleitung der Umsetzung des MAP 3.0
- Begleitung der Novellierung des BbgBGG
- Barrierefreie Wahl

- Inklusion von Kindern und Jugendlichen

Die Menschen mit Behinderungen brauchen eine starke Stimme, ganz besonders in diesen so schwierigen Zeiten. Sie dürfen mit ihren spezifischen Bedarfen und Bedürfnissen nicht an den Rand gedrängt werden. Dass das nicht geschieht, dafür setzt sich der Landesbehindertenbeirat nicht nur von Gesetzeswegen, sondern aus tiefster Überzeugung ein. Er gibt den Menschen mit Behinderungen seine Stimme.

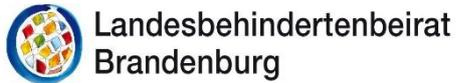
A handwritten signature in black ink that reads "Monika Paulat". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial 'M'.

Monika Paulat

Vorsitzende

Potsdam, im März 2024

Impressum



Vorsitzende:

Monika Paulat

Stellvertretungen:

Henrike Weber, Susanne Meffert

Mitarbeitende der Geschäftsstelle:

Anna Michel, Andreas Kellner

Fotos ©: Andreas Kellner, Anna Michel

Sitz und Postanschrift der Geschäftsstelle:

Landesbehindertenbeirat Brandenburg

c/o Store Anything

Babelsberger Straße 16

14473 Potsdam

Telefon 0160 9587 9601

lbb@sovd-bbg.de

www.lbb.brandenburg.de

© 2024



Der Landesbehindertenbeirat wird gefördert durch das Brandenburgische Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz